

Vergaberecht: Marktmacht nutzen, Umwelt schützen

von Kerstin Andreae MdB

Die Aufträge der öffentlichen Verwaltung an die private Wirtschaft belaufen sich auf rund 13 % des Bruttoinlandsprodukts. Das sind über 300 Mrd. Euro und damit eine Menge Marktmacht. Warum sollte man diese nicht nutzen, um soziale und ökologische Ziele voranzubringen – zum Beispiel den Klimaschutz? Wer diesen ernst meint, muss Maßnahmen dafür ergreifen. Eine effektive Maßnahme bestünde darin, die Vergabe öffentlicher Aufträge konsequent mit der Zielsetzung Klimaschutz zu verbinden. Die EU fordert von der Bundesregierung schon seit längerem, soziale und ökologische Kriterien im Rahmen des Vergabewesens zuzulassen.

Ein Beispiel zeigt: Wenn alle öffentlichen Stellen Europas zu umweltfreundlichem Strom wechseln würden, könnten wir den CO₂-Ausstoß um 60 Mio. Tonnen reduzieren, was allein 18 % der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll entsprechen würde. Der Bund könnte in seinen Liegenschaften leicht den Anfang machen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Dienstwagen, Papierverbrauch, sauberer Strom, die Einhaltung von Öko- und Energiestandards bei Neubauten, die Bevorzugung energieeffizienter Geräte – bei der Beschaffung und Vergabe lässt sich ohne großen Aufwand viel für die Umwelt bewegen. Schon eine neue Holzbeschaffungsrichtlinie, die festlegt, nach welchen Kriterien Holz beschafft wird, könnte viel bewirken. Holz muss nicht aus Tropenwald-Kahlschlag, sondern könnte auch aus nachhaltiger Holzwirtschaft mit „Rainforest-Zertifikat“ stammen. Wie wichtig dieses Thema ist, zeigte vor einigen Jahren die Auseinandersetzung um die Sitzbänke bei der Bahn, die mitten aus wichtigen Naturreservaten im Regenwald kamen.

Marktnachfrage und Zertifizierungen beeinflussen und steuern die Produkti-

onsprozesse der internationalen Wirtschaft. Das sollte man gezielt nutzen. Da die Vorgaben der EU zur Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien nicht in nationale Gesetzgebung umgesetzt sind, ist allerdings bislang manch guter kommunaler Ansatz hinfällig, da er rechtlich nicht abgesichert ist. Die Kommunen vergeben 50 % der öffentlichen Aufträge. Mitarbeiter der Verwaltung wie Unternehmen sind verunsichert, weil im Vergaberecht selbst immer noch eine Definition von Begriffen wie „nachhaltige Beschaffung“ fehlt. Jede Kommune muss heute umständliche Prüfverfahren einleiten, wenn sie z.B. Material- oder Energieeffizienz zum Maßstab machen möchte bei der Vergabe.

Zwar erarbeitet das Wirtschaftsministerium jetzt einen Gesetzentwurf zur Vergabe. Doch der ist mutlos. Umwelt steht jetzt zwar als mögliches Kriterium drin, Zertifikate aber fehlen. Regeln für die Beschaffung des Bundes selbst sind Fehlanzeige. Und der von der EU geforderte Nationale Aktionsplan für eine nachhaltige Beschaffung bleibt weiter Zukunftsmusik.

Der Bund kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten: zum einen durch die Verknüpfung der Vergabe öffentlicher Aufträge mit der politischen Zielsetzung Klimaschutz, zum anderen durch die eigene konsequent ökologische Beschaffung. Wir Grünen fordern, dass er das jetzt endlich tut. Neben den vollmundigen Bekenntnissen von Gabriel und Merkel steht kein praktisches Tun. Der Bund ist jetzt in der Pflicht, in seinem Verantwortungsbereich zu handeln – und auch den Kommunen endlich die Rechtssicherheit und beraterische Unterstützung zu geben, die sie zur Erreichung der Kyoto-Ziele brauchen.

Infos aus dem Büro

Hallo,
die frühlingshaften Temperaturen zeigen es: die wärmere Jahreszeit steht vor der Tür. Und damit erwachen auch wieder die grünen Aktivitäten. Nach einer Osterpause beginnt sich der Terminkalender langsam wieder zu füllen, allerdings ist es manchen AKs schlecht möglich, die Termine längerfristig festzulegen. Deshalb muss ich Euch bitten, Euch über die homepage auf dem Laufenden zu halten, welche aktuellen Termine es gibt. Dazu der Hinweis von mir, dass auch in der Infothek auf der homepage interessante Termine und Infos zu finden sind! Diese sind z. T. keine „grünen“ Termine im engeren Sinne, aber politisch/thematisch interessant. Thematisch befassen wir uns auch dieses Jahr mit der Klimaschutz-Kampagne. Vom 21. bis 30. April sind die Klimaschutz-Aktionstage der GRÜNEN und unser AK Energie ist dabei, wieder eine oder zwei spannende Veranstaltungen auf die Beine zu stellen. Am 29.4. organisiert die LAG Innere Sicherheit und Recht eine Veranstaltung in Freiburg zum Thema „Bürgerrechte/online-Durchsuchungen“. Mit dabei ist Wolfgang Wieland, der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion. Weitere Infos zu diesem Termin folgen per Mail. Traditionell sind wir am 1. Mai auch wieder mit einem Stand bei der DGB-Veranstaltung auf dem Stühlinger-Kirchplatz vertreten. Vor der Sommerpause ist noch eine Veranstaltung des AK ÖKRA zum Thema „Energiepflanzen“ geplant und am 9. Juni wird es die Gelegenheit geben, mit unseren gesundheitspolitischen Sprecherinnen Biggi Bender MdB und Bärbl Mielich MdL sowie Kerstin Andreae MdB ins Gespräch zu kommen. Und auch noch vor der Sommerpause beginnen dann schon die ersten Vorbereitungen und Formalia zu den Bundestags- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr! Wie ihr seht: die Osterpause war schnell vorbei.

Frühlingshafte Grüße von Andreas

Meldungen

Bürgerrechte

Die LAG Demokratie & Recht und die hiesigen Kreisverbände der GRÜNEN laden ein zu einer Veranstaltung zum Thema Bürgerrechte am **29.04.2004** in Freiburg. Der genaue Tagungsort (voraussichtl. das Cafe Velo) und die Uhrzeit wird in Kürze mit der Einladung bekannt gegeben. Es handelt sich um ein wirklich interessantes Themengebiet, wie die diversen Urteile des Bundesverfassungsgerichts in den letzten Wochen und Schäubles-Sicherheitsfanatismus nur zu deutlich gezeigt haben. Die Freiburger Veranstaltung ist eine von vier Veranstaltungen der LAG (in jedem Regierungsbezirk ist eine). Nach Freiburg kommt Wolfgang Wieland als innenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion.

Liebe Mitglieder,

seit Anfang des Jahres wurde die Mitgliederverwaltung bundesweit auf ein neues Programm umgestellt (darüber wurde bereits berichtet). Leider bereitet der Umgang mit dem neuen Programm noch einige Probleme, dies betrifft u.a. die Beitragsverwaltung. Aus diesem Grund war es uns bisher nicht möglich, im 1. Quartal die Mitgliedsbeiträge einzuziehen. Dies wird wohl auch nicht vor April geschehen. Ob dann (programmbedingt) die Beiträge gleich für 2 Quartale eingezogen werden, kann ich leider noch nicht sagen. Ich hoffe, Euch dies rechtzeitig mitteilen zu können.

Herzliche Grüße
Andreas

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Freiburg, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg, Tel.: 0761 / 70 12 14, Fax: 0761 / 7 54 05
kreisverband@gruene-freiburg.de
<http://www.gruene-freiburg.de>
Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075, Kto.: 117568-751

Auflage: 460 Exemplare

Druck: Tilia-Druck Freiburg

V.i.S.d.P.: Carsten Drecoll c/o Bündnis 90/Die Grünen

Redaktion und Satz: Carsten Drecoll, Lektorat www.ektorat-drecoll.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Kerstin Andreae, Andreas Hoffmann, Johannes Waldschütz, Silke Krebs, Thomas Koderisch

Wir können mit allen?! – Die Grünen und die Koalitionsfrage

von Johannes Waldschütz

Ohne Koalitionsaussage werden die Grünen in die nächsten Wahlen ziehen, hat Jürgen Trittin, zusammen mit Renate Künast Teil des selbsterkorenen Spitzenkandidatenduos für die Bundestagswahl 2009, nun verkündet. Obwohl Trittins Aussage nur die veränderten politischen Realitäten widerspiegelt, kommt sie dennoch überraschend. Sicher die SPD schwächelt, in Hamburg gibt es schwarz-grüne Koalitionsverhandlungen, in Hessen wird auch immer wieder Jamaika ins Spiel gebracht und dass voreilige Festlegungen nach der Wahl größeren Schaden anrichten können, wissen wir spätestens seit Ypsilantis Eiertanz, doch dass eine „wir können mit allen und so recht festlegen wollen wir uns nicht“-Aussage auch scheitern kann, zeigt das Beispiel der FDP im Bundestagswahlkampf 2002: mit großen Ambitionen gestartet (18 %), durch gute Umfragen gestützt, am Wahltag aber nur 7,4 % erhalten – Spaßwahlkampf und Beliebigkeit sei Dank.

Also vorprogrammierte Verluste für die Grünen in kommenden Wahlen? Vieles spricht dafür: Die grüne Stammwählerschaft hat schwarz-grüne Spekulationen zuletzt irritiert betrachtet und den Grünen Stimmenverluste in Hamburg und Hessen eingefahren, auf der Haben-Seite stehen leichte Gewinne bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und deutliche Gewinne bei den bayrischen Kommunalwahlen. Schaut man sich die Ergebnisse näher an, so zeigen vor allem die hamburgischen Ergebnisse Verluste im „alternativen“ Milieu, während die niedersächsischen und bayrischen Ergebnisse Erfolge und Stimmzugewinne auf dem Land zeigen. Das Dilemma der Grünen

ist klar: Beides, „links“ keine weiteren Wähler mehr zu verlieren oder alte zurückzugewinnen und „rechts“ neue zu gewinnen ist schwer.

Wie können die Grünen trotz dieses Dilemmas erfolgreich sein? Die Antwort ist eine strategische und eine inhaltliche. Nur wenn die Grünen es schaffen ein klares grünes Profil aufzustellen, das über die ohnehin mit den Grünen assoziierten Umwelt- und Energiethemen hinaus geht, kann die Partei 2009 sehr gute Ergebnisse erzielen. Neben der Umweltpolitik könnten die Bildungspolitik, mit dem Bekenntnis zum längeren gemeinsamen Lernen, als Distinktion zu CDU und FDP und der kompromisslose Einsatz für Bürgerrechte und Datenschutz zu SPD und CDU dienen. Notwendig ist es aber auch einen parteiinternen Kompromiss in den Feldern der Außen- und Friedenspolitik auf der einen Seite und der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der anderen Seite zu finden. Zwar wurden auf den letzten Parteitagen vermeintliche Grundsatzentscheidungen getroffen, die Partei bleibt in diesen Feldern dennoch seltsam diffus und uneinig.

Es bleibt viel inhaltlich-programmatische Arbeit bis zu den nächsten bundesweiten Wahlen, denn nur, wenn die Partei ein innovatives inhaltliches Konzept aufweist, kann sie bei den nächsten Wahlen für alle Optionen offen erscheinen, ohne beliebig zu wirken. Dann klappt vielleicht auch der Vorschlag Trittins, den Fokus auf die Durchsetzung von Inhalten zu legen und dies in Gesprächen mit allen Parteien - von der Linkspartei bis zur CDU – auszuloten. Wir werden sehen.

Satzung geändert, und nun?

Ein Ausblick: politisch und persönlich

von Silke Krebs

Ja, sie ist von der MV beschlossen worden, die vorgeschlagene Satzungsänderung. Und das ohne größere Korrekturen und mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder. Auf der Jahreshaupt-

versammlung am 2. April werden wir also zum ersten Mal zwei SprecherInnen (mind. eine Frau) wählen, dann eine KassiererIn und last but not least 4 weitere Kreisvorstände (mind. zwei Frauen). Und eines ist schon

mal ganz wichtig: die vier heißen NICHT Beirat, sondern erweiterter Kreisvorstand. Denn sie sollen nicht beraten, sondern die grundlegenden politischen Entscheidungen für den Kreisverband treffen – zusammen mit ihren SprecherIn- und SchatzmeisterInkollegInnen.

Und was machen wir nun damit? Ihr solltet damit vor allem eins machen: kandidieren! Denn i.d.R. einmal im Monat ein fester Termin und so mitentscheiden können, das ist doch ein Angebot. Natürlich wird es noch zusätzliche Aufgaben und Projekte geben, aber die verbindliche Verpflichtung ist nun deutlich überschaubarer. Ich jedenfalls hoffe und freue mich auf eine große, kunterbunte Auswahl unterschiedlichster KandidatInnen für den Vorstand. Neu ist auch, dass darunter auch MandatsträgerInnen sein können – im Gesamtvorstand bis zu 50%.

Und nun noch zu den SprecherInnen. Von denen wird mehr Präsenz gefordert, zwei oder drei Termine und einige Telefonate pro Woche und täglich Mails lesen sollte drin sein. Aber berufstätig sein geht natürlich, FreundInnen, Kinder und

Familie auch. Nur für Hobbys dürfte es nicht mehr reichen. Das braucht es aber auch nicht. Als Vorstand lernt man eine Menge spannende Leute kennen, kommt rum, eignet sich dauernd neues Wissen an (ich weiß mehr über Mietrecht, als ich je wissen wollte), wird immer wieder genötigt, an seinen zwischenmenschlichen Macken zu feilen und hat das beste Mittel gegen das verbreitete Gefühl „die da oben machen doch eh was sie wollen“. Denn in Freiburg Politik zu gestalten, verändert zwar nicht die ganze Welt, aber ein kleines bisschen was eben schon. Kurz: ich finde, es ist eine klasse Aufgabe – ich habe sie lange Zeit gerne und mit echter Begeisterung gemacht. Und davon unheimlich profitiert – und der KV hoffentlich auch.

Zum Schluss: Nicht alle sind von der Änderung überzeugt. Doch Strukturen sind nur das eine, wichtiger sind die Menschen, die sie ausfüllen. Deshalb die Bitte: lasst uns nun alle zusammen was draus machen. Ich werde das Ganze in Zukunft als tatkräftiges Mitglied und als die Freiburgerin im Landesvorstand begleiten – und als eine, der eine Menge an uns Grünen in Freiburg liegt. Ich freu mich drauf!

Geänderte Satzung des Kreisverbandes Freiburg

§7

I. neu: Der Kreisvorstand besteht aus zwei SprecherInnen, davon mind. eine Frau, dem/der KassiererIn und 4 Mitgliedern des erweiterten Vorstands, davon mind. zwei Frauen. Die beiden SprecherInnenposten und der erweiterte Vorstand werden quotiert besetzt, das KassiererInnenamt ist von der Quotierung ausgenommen.

II. neu: SprecherInnen können nicht sein: Vorstände der Gemeinderatsfraktion, Fraktionsvorsitzende im Landtag, Bundestag oder dem Europaparlament, (Ober)-BürgermeisterInnen. Max. 3 Mitglieder des Kreisvorstandes können MandatsträgerInnen sein. Angestellte des Kreisverbandes können nicht Mitglieder des Kreisvorstands sein.

III neu: Die beiden SprecherInnen vertreten den Kreisverband nach außen und sind zuständig für die laufende politische Arbeit. Grundsätzliche politische Entscheidungen werden im gesamten Kreisvorstand getroffen, der i.d.R. mind. monatlich tagt. Die SprecherInnen vertreten den Kreisverband gemäß § 26 BGB bei Rechtsgeschäften nach außen. Beschlüsse des Kreisvorstandes erfolgen mehrheitlich, Minderheitenvoten sind möglich. Die SprecherInnen entscheiden konsensual, im Konfliktfall entscheidet der Kreisvorstand.

Speaker's Corner China und die Macht der Ringe

Allenthalben hört man dieser Tage bei den Diskussionen über die Gewalttaten Chinas in Tibet und einen möglichen Olympia-Boycott: Ist ja alles furchtbar schlimm in Tibet und überhaupt, die bösen Chinesen, aber jede(r) weiß doch: Ein Boycott würde nur die Sportler bestrafen. Wirklich? Könnte es nicht sein, dass es gerade ein Olympia-Boycott ist, den die chinesische Regierung am meisten fürchtet (abgesehen davon, dass es schwierig ist, das verpasste Olympia-Turnier einer Schwimmerin mit dem Leid durch politische Verfolgung gleichzusetzen)?

Olympia hat für die dortige Regierung eine enorme Wichtigkeit, nahezu die gesamte nationale Anstrengung ist auf die reibungslose Durchführung der 14-tägigen Sport-Inszenierung gerichtet. Dies beinhaltet neben der blutigen Niederschlagung der Unruhen in Tibet unter anderem die Inhaftierung Andersdenkender, die Säuberung des Zentrums von ungerne gesehenen Menschen wie Obdachlosen und den verzweifelten Versuch, mittels Fahrverboten und Fabrikschaltungen während Olympia für eine halbwegs erträgliche Luft in Peking zu sorgen. Die zeigt einerseits, dass der von Beginn an zweifelhafte Versuch des IOC, durch Olympia in China Demokratie und Nachhaltigkeit zu stärken, kolossal gescheitert ist. Des Weiteren wird deutlich: Der Boycott würde in China ein politisches Erdbeben auslösen. In einem Land, in dem die Bevölkerung von Missständen und Unrecht auf Grund einer strikten Zensur nichts erfährt, bringt uns der wohlgemeinte diplomatische Weg nicht mehr weiter. In Rechtfertigungsdruck gegenüber der eigenen Bevölkerung kommt Chinas Regime nur, wenn man die diplomatischen Schrauben anzieht und die olympischen Spiele boykottiert.

Thomas Koderisch

Der Kreisvorstand lädt alle Mitglieder und politisch Interessierten ein zur **Jahreshauptversammlung**

Mittwoch, d. 2. April um 19.30 Uhr im La Corona in der Littenweiler Str. 20

Tagesordnung s. anbei S. 4

Postvertriebsstück / PVSt, Deutsche Post AG, "Entgelt bezahlt", E 1351

AK-AnsprechpartnerInnen

AK Bildung: Birgit Woelki, Tel. 701323

AK Energie:
Jan Christoph Goldschmidt
Tel.: 2046968, janosch-go@email.de

AK Europa:
Thomas Rehmet, Tel.: 0761-89 78 105
rehmetth@web.de

AK ÖKRA (Öko-Agrarpolitik)
Harald Wurm, Tel.: 32846,
haraldwurm@gmx.com

AK Kultur: Maria Viethen, Tel. 36073

AK Integration
Silke Krebs, Tel.: 480 86 27
krebss@gruene-freiburg.de

AK Wirtschaft und Soziales
Sabine Lübke:sabine.
luebke@googlemail.
com, Tel. 0761-76 71 205

AK Verkehr
Steffen Bitter, stebit@gmx.net
Tel.: 4019655

PG Gesundheit
Adelheid Hepp, 0172-1066620
adelhepp@gmx.de

Grüne Jugend Freiburg
Bonaventura Schmid
bonaventura_schmid@yahoo.de

Green Team-Fußballmannschaft
Kapitän: Per Klabundt,
Tel. 55 36 76, per.klabundt@gmx.de

Unsere Abgeordneten

Wahlkreisbüros:
Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

Kerstin Andreae, MdB
Mitarbeiter: Per Klabundt, David Vaulont
Tel. 8886713 Fax 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Edith Sitzmann, MdL
Mitarbeiterin: Nadyne Dittmann
Tel. 702102 Fax 0761-75405
sitzmann@gruene-freiburg.de

Reinhold Pix, MdL
Mitarbeiterinnen: Daniela Evers, Trudis
Fisch, Tel.: 71154 Fax 71159
buero@reinhold-pix.de

Tagesordnung Jahreshauptversammlung:

Wahl der Parteigremien

- Kreisvorstand (nach neuer Satzung)
- Kreisparteierrat
- Kreisschiedsgericht

Aussprache über die Änderungen in der Parteienlandschaft

Termine

Datum	Veranstaltung	Ort
Montag, 07.04.08, 20 Uhr	AK WiSo	Grünes Büro
Dienstag, 08.04.08, 19.30 Uhr	AK Energie	Grünes Büro
Mittwoch, 09.04.08, 20 Uhr	AK Europa	Ort bitte bei Thomas Rehmet erfragen
Mittwoch, 16.04.08, 20 Uhr	PG Gesundheit	Grünes Büro

Abkürzungen:

AK = Arbeitskreis; BDK = Bundesdelegiertenkonferenz; Büro = Termin findet im Grünen Büro statt;
GR = Gemeinderatssitzung; KV = Kreisverband; LDK = Landesdelegiertenkonferenz;
LGS = Landesgeschäftsstelle (Forststr. 93 in Stgt); LT = Landtag (Haus der Abgeordneten,
Konrad-Adenauer Str. 12 in Stgt.); MV = Mitgliederversammlung; PG = Projektgruppe